

1417TG/1

H 8040 F
Nummer 62
Jan./Feb. 00
3,- Mark



**Otto (von) Habsburg:
Möchtegern-Kaiser
von Pan-Europa**

In diesem Heft:

Porträt der „Paneuropa Union“ • „Christian Identity Movement“ in den USA • Kontinuitäten in der Politischen Bildung • Jenaer Burschenschafter • „Wehrmachtsausstellung“ • Entschädigung

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER RECHTERRAND

- 3** Porträt der „Paneuropa Union“
- 5** Kontinuitäten in der politischen Bildung
- 7** Neonazi-Übergriffe in Jena
- 8** Rechts offen: „Burschenschaft Jenensia“
- 9** Der Fall Kenneth Lewan
- 10** Neonazis kaufen Dorf in Spanien
- 11** Schweiz: Geschichtsrevisionisten und das Großkapital
- 13** USA: „Christian Identity“-Bewegung
- 16** „Wehrmachtsausstellung“: Interview mit Ludwig Baumann
- 17** Entschädigung: Das Schuldkonto wird offen bleiben
- 18** Neonazis auf Reisen: Aufmarsch in Lüneburg
- 19** In der Mitte der Gesellschaft: Nazi-Demonstration gegen Bauwagenplatz
- 21** Geschäfte mit rechten Ufologen
- 22** „Satansmörder“ auf der Flucht
- 23** Antifaschistischer Journalist Kurt Hirsch gestorben

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand
GbR Rolandstraße 16
30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
DRR-Redaktion@gmx.net

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtaushändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Auch der Wechsel in das Jahr 2000 blieb nicht frei von neofaschistischen Aktivitäten. Der für den 31.12.1999 in Halle geplante Neonazi-Aufmarsch wurde zwar verboten, dennoch kam es zum Jahreswechsel in verschiedenen Städten zu Angriffen auf Migrantinnen und Migranten. Bereits kurz vor Weihnachten wurden AntifaschistInnen in Göttingen von Seiten der Polizei vor Briefbomben-Anschlägen gewarnt. Auch wenn diese Anschläge nicht realisiert wurden, wurde doch deutlich, dass die von Neonazis ausgehende Gefahr nicht nur für Nicht-Deutsche zunimmt. Schwarze Listen, Anleitungen für den Bombenbau und zahlreiche Waffen in den Händen der Neonazis lassen mittlerweile auch die Öffentlichkeit erahnen, dass rechter Terror wie jüngst in Norwegen in der Bundesrepublik Deutschland Realität werden könnte.

Maßnahmen, wie beispielsweise die Veröffentlichung von Namen und Fotos führender Neonazis durch die vier größten schwedischen Tageszeitungen, wären in der Bundesrepublik sicher undenkbar, aber immerhin wird der Gewalttätigkeit des militanten Neofaschismus mehr Aufmerksamkeit gewidmet - jedenfalls sofern er nicht „nur“ gegen MigrantInnen gerichtet ist.

Weniger beachtet wird allerdings das Umfeld, das erst das Klima schafft, in dem die militanten Rechten agieren können. Deshalb steht die sogenannte Braunzone, stehen die etablierten Rechtskräfte, die weit weniger auffällig völkisches, nationalistisches und auch rassistisches Gedankengut transportieren, im Mittelpunkt dieses RECHTEN RANDES. Seien es die Verbindungsstudenten, die ihre Veranstaltungen von Nazis schützen lassen, seien es Konservative, die mit ihrer Argumentation gegen Bauwagensiedlungen Neonazis Steilvorlagen liefern, seien es Altnazis, die maßgeblich die politische Bildung in der Anfangsphase der Bundesrepublik bestimmt haben und für die Kontinuität völkischen Denkens sorgten oder seien es etablierte „Vertriebene“, die mit dem Hebel „Volksgruppenpolitik“ den dritten Versuch der jüngeren Geschichte zur Schaffung eines Groß-(Pan-) Europa starteten.

Sie alle - auch wenn sie sich mehr oder wenig glaubwürdig von den pöbelnden Nazischlägern distanzieren und deren Opfer bedauern mögen - schaffen den politischen Raum für rassistischen und faschistischen Terror, verbreiten die Ideologie völkischen und hierarchischen Herrschaftsdenkens und/oder befürworten Gewalt als legitimes Mittel der Politik.

Die Kontinuität rechter politischer Gedanken / Praxis immer wieder offenzulegen, den Versuchen entgegenzutreten, einen Schlußstrich unter die jüngere deutsche Vergangenheit zu ziehen, wird eine der Hauptaufgaben der antifaschistischen Bewegung der Zukunft sei. - Es gibt viel zu tun!

Der nächste RECHTE RAND erscheint Anfang März. Redaktionsschluss ist am 15. Februar 2000.

Termine

29. Januar 2000, Göttingen: Demo gegen Naziaufmarsch

29. Januar 2000, Hannover: Antifaschistische Sozialkonferenz: Vorwärts in die Vergangenheit?, 9.30 Uhr IGM-Verwaltungsstelle, Postkamp 10

Veranstaltungsreihe Faschismustheorien, Uni Wuppertal

27. Januar: Moderne Rationalität und Nationalsozialismus, Referent: Michael Bruch

31. Januar: Volksgemeinschaft und postfaschistische Normalität, Referent: Clemens Nachtmann

7. Februar: Ideologie und NS-Staat - Zur Faschismustheorie Alfred Sohn-Rethels, Referent: Manfred Dahlmann

Alle Veranstaltungen beginnen um 16.30 Uhr und finden im „Millways“ (Fachschaftscafé des FB1) im Gebäude N, Ebene 11, Raum 42 statt.

Gerd Alt, Jörg Kronauer & Samuel Salzborn

Europa der Volksgruppen

Ein Porträt der „Paneuropa Union“

Auf ein „Pan-“ also „Groß-Europa“ zielt die Politik der 1922 gegründeten „Paneuropa Union“ (PEU), deren Mitglieder sich seit 1973 um den erzreaktionären Beinahe-Kaiser Otto von Habsburg scharen. So wie die PEU eng mit der CSU und den sogenannten „Vertriebenenverbänden“ verbunden ist, ist das von ihr projektierte Pan-Europa eng verwoben mit den Hegemonialmachtinteressen Deutschlands in Europa. Innerhalb der PEU hat die deutsche Sektion die absolute Vorherrschaft Deutschlands bereits vorweg genommen. Sie gibt in der Internationalen PEU unumstritten die Richtung vor.

An der Wiege der Idee eines Pan-Europas steht, folgt man der PEU-eigenen Geschichtsschreibung, die Eingebung des Gründers und jahrzehntelangen PEU-Führers Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi. Er überliefert sie - nicht ohne einen Anflug spätpubertären Größenwahns - wie folgt: „Gegen Ende 1919 drehte ich wieder einmal an meinem Globus [...] Plötzlich fiel



Richard N. Coudenhove-Kalergi

mir die gerade Linie auf, die das demokratische Europa von der Sowjetunion trennt und die jenseits des Mittelmeeres ihre Fortsetzung findet in der Grenzlinie zwischen Britisch-

Afrika und den Kolonien der europäischen Kontinentalstaaten.“ Und wie er so an seinem Globus weiter drehte, offenbarte sich ihm, dass die Welt in fünf Großräume gegliedert sei. Ihre Namen: Pan-Europa, Britisches Reich, Russisches Reich, Mongolische Reiche und Pan-Amerika. Der Makel Pan-Europas: dass es noch weitgehend desorganisiert sei, was insbesondere hinsichtlich seiner „weichen Ostgrenze“ als problematisch zu gelten habe. Dies kann bereits als deutlicher Hinweis auf die bis heute fortbestehende strikt antikommunistische Ausrichtung der PEU gewertet werden.

Auch die völkische Ideologie wurde bereits in den 1920er-Jahren als grundlegendes Element in den paneuropäischen Politikansatz integriert. So schrieb Coudenhove-Kalergi, gleichwohl er von einem europäischen Kolonialreich in Afrika träumte, von einer „inneren Entkolonialisierung“ Europas, der es Vorschub zu leisten gelte, denn „nationale Unterdrückung ist Imperialismus in der Innenpolitik“. Wie eine solche „innere Entkolonialisierung“ Europas mit deutschen Hegemonialinteressen kompatibel ist, beschrieb er 1926 in der Zeitschrift „Der deutsche Gedanke“, die von Paul Rohrbach, einem

Strategen des völkischen Imperialismus des Auswärtigen Amtes, herausgegeben wurde: „Darum ist Paneuropa-Politik nationale Politik auf lange Sicht. Für den nationalen Deutschen gibt es nur zwei Wege [...]: entweder die Vorbereitung eines Revanchekrieges gegen seine Nachbarn [...] oder aber die Vorbereitung Paneuropas, das allen Deutschen in Europa nationale Unabhängigkeit [...] gewährleistet.“ Für einen deutschen Sieg in einem solchen Revanchekrieg sah Coudenhove-Kalergi keine Chance, entsprechend orientierte er mit seiner ein paar tausend Mitglieder umfassenden PEU auf den zweiten Weg. Der Nationalsozialismus wählte den ersten Weg zum gleichen Ziel. Aus dieser Konkurrenzstellung aber eine antifaschistische Ausrichtung zu konstruieren, wie dies die heutigen Vertreter der PEU bisweilen versuchen, stellt die Geschichte der PEU auf den Kopf.

Aufgrund seiner Konkurrenz zur NS-Europavariante, die eine Großraumwirtschaft unter deutscher Hegemonie mit Mitteln purer Gewalt aufzubauen versuchte, musste Coudenhove-Kalergi während des Nationalsozialismus Europa verlassen. Unter Mithilfe seines Freundes Mussolini emigrierte er in die USA. 1946 nach Europa zurückgekehrt, startete Coudenhove-Kalergi unter wechselnden Organisationsnamen diverse Anläufe seine paneuropäische Perspektive erneut zu verfolgen. Aus der Not der Mitgliederschwäche eine Tugend machend, sollte in der PEU Mitte der 1950er-Jahre zunächst ein „Brain-Trust, in dessen Händen die Leitung der Bewegung liegen sollte“, gebildet werden. Interne Querelen, die sich auch am autokratischen Führungsstil Coudenhove-Kalergis entzündeten, lähmten die PEU allerdings. Bis 1973 blieb sie politisch unbedeutend.

Otto von Habsburg, Rudolf Wollner (bis heute BdV-Vorsitzender in Hessen) und Egon Schwarz, letztere zwei Funktionäre des faschi-

stisch durchsetzten „Witikobundes“, nahmen nach dem Tod Coudenhove-Kalergis die Reorganisation der PEU in die Hand. Hintergrund dieser Reorganisation waren die eingeschlafenen Bemühungen der BdV-Führung - allen voran die Rudolf Wollners, des Organisators der BdV-Europakongresses Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre - den in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ (1950) angelegten europäischen Ansatz zur Durchsetzung deutscher Interessen in der Basis zu verankern und vor allem auch konkret umzusetzen. 1974 führte Wollner die „Europarunde des BdV“ und die PEU zusammen. Der BdV wurde korporatives Mitglied der deutschen Sektion der PEU, die dadurch mit einem Schlag zur Massenorganisation mutierte und dadurch in die Lage versetzt wurde, Großveranstaltungen zu organisieren.

Die Programmatik der PEU brachte ihr seit dem Tod Coudenhove-Kalergis unangefochtener neuer Frontmann Otto von Habsburg wie folgt auf den Punkt: „Wir sind Großeuropäer. Für uns ist die Linie, die im Februar 1945 in Jalta durch Nichteuropäer quer durch unseren Erdteil gezogen wurde, keine gültige Grenze [...] ein geeintes Westeuropa muss kraftvoll für die Dekolonialisierung ganz Europas eintreten.“ Von Habsburgs rechte Hand, der stellvertretende Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und heutige Präsident der PEU



Otto (von) Habsburg

Deutschland, Bernd Posselt (CSU-MdEP), sekundiert mit den Worten, dass ihm, Posselt, daran gelegen sei, die „alte Welt so zu stärken, dass sie (aus dem) ‘selbstverschuldeten Protektorat’ der USA“ heraustreten könne. Grundsätzlich formuliert wurde diese Position in einer „Vierpunkteerklärung“ der PEU von 1976. Dort hieß es: „Dekolonialisierung (darf) sich nicht auf Asien und Afrika beschränken. Auch Europa hat ein Recht, dekolonialisieren zu werden.“ Wie bei der so genannten Neuen Rechten existieren also auch für die PEU zwei „Feinde Europas“, aus deren Einfluss es sich zu „entkolonialisieren“ gelte. Allein die „Bestimmung des Hauptfeindes“ differiert. Statt der USA war es für die Aktivisten der PEU die UdSSR, aus deren Einflusszone die Staaten Mittel- und Osteuropas zunächst „befreit“ werden sollten.

Gemäss dieser Vorgabe ging die PEU in den 1980er-Jahren daran, die Staaten Mittel- und Osteuropas zu unterminieren. Noch als parlamentarischer Mitarbeiter des auf CSU-Ticket ins Europaparlament gelangten Otto von Habsburgs entwickelte allen voran Posselt Undercover-Aktivitäten, mit denen er nationalistische Fanatiker, die sich als Vertreter von „Volksgruppen“ in Mittel- und Osteuropa verstanden, unterstützte. Das Baltikum, das ehemalige Jugoslawien sowie die ehemalige Tschechoslowa-



Bernd Posselt

burgs entwickelte allen voran Posselt Undercover-Aktivitäten, mit denen er nationalistische Fanatiker, die sich als Vertreter von „Volksgruppen“ in Mittel- und Osteuropa verstanden, unterstützte. Das Baltikum, das ehemalige Jugoslawien sowie die ehemalige Tschechoslowa-

Miguel Tubo Rodríguez

Eingekauft in Spanien

„International Third Position“ kaufte ganzes Dorf

Das Begriffspaar „national“ und „international“ stellt für weite Teile der extremen Rechten längst keinen Widerspruch mehr dar. Dies bezieht sich nicht nur auf den Druck und den Versand faschistischen Propagandamaterials und die Verbreitung von Informationen über das Medium Internet, sondern spiegelt sich auch in länderübergreifenden Immobilien-geschäften wider.

Rechtsextreme Gruppen aus ganz Europa haben sich in Spanien auf die Suche nach verlassenen Dörfern gemacht, um dort ungestört ihren Aktivitäten nachgehen zu können. „International Third Position“ (ITP), eine Vereinigung militanter Faschisten aus England, hat bereits ihre eigene Gemeinde in der Nähe von Valencia. Sie heißt Los Pedriches und befindet sich etwa 90 Kilometer von der Küstenstadt Valencia entfernt.

Wie erst jetzt bekannt wurde, kauften die Aktivisten von ITP bereits 1997 unabhängig voneinander sieben der acht Häuser, die etwa vor 20 Jahren verlassen wurden. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten hat sich der Ort zu einer exzellenten Zufluchts- und Erholungsstätte für eigene und u.a. auch für deutsche Kameraden entwickelt. Nach Angaben von „Scotland Yard“ wurden die 1.820.000 Peseten (etwa 150.000 Mark) für den Ankauf von einer so genannten karitativen Stiftung mit dem Namen „San Miguel Arcángel“ bereit gestellt, deren Finanzbuchhaltung zur Zeit durch englische Behörden untersucht wird. Als Bewohner und Bewohnerinnen sind im spanischen Los Pedriches u.a. der Engländer Christopher Marchant (37), seine französische Frau Sabine Marchant (31), ihr Sohn Timothée (5), der Pole Maciej Formella (29) und Stuart Ronald McCullough (32) gemeldet.

Offizielle Besitzer der Häuser sind laut Grundbucheintragungen die bekannten italienischen Neofaschisten Roberto Fiore und Massimo Morsello, ehemalige Mitglieder der rechtsextremen „Bewaffneten Revolutionären Zellen“ (ARN), die 1980 in Bologna einen Bombenanschlag verübten, bei dem 85 Menschen getötet wurden. Nach ihrer Flucht aus Italien bauten sich die beiden ITP-Mitglieder ein beachtliches Immobiliennetz mit insgesamt 1300 Betten in London auf. Unter anderem betreiben Fiore und Morsello drei Jugendpensionen („Force 1“, „Easy Line“ und „The Meeting Point“) im Zentrum Londons und eine Sprachschule mit dem Namen „The English Language School“ nahe der Westminster Bridge.

Nach Angaben von Roberto Fiore nutzten 1999 alleine 3000 – 4000 spanische Jugendliche das Sprach- und Unterbringungsangebot der beiden ITP-Aktionisten in London. Häufige Besuche von Deutschen sprechen dafür, dass auch hiesige Sprachreiseveranstalter mit Fiore und Morsello zusammenarbeiten.

Eine weitere Leitfigur von ITP ist Derek

Holland. Er ist nicht nur Aktivist und geistiger Vordenker der englischen Rechtsextremen, sondern auch ein Freund großer Worte. So reiste er vor dem Golfkrieg nach Bagdad, um Saddam Hussein seine Unterstützung anzubieten und erklärte 1991 der damaligen sowjetischen Regierung aufgrund ihrer Politik gegenüber den nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Staaten kurzerhand den Krieg.

In Artikeln und Beiträgen ihres Propagan-

position zum „internationalen Zionismus“ verstehen. Dass die Migration aus der so genannten Dritten Welt die europäische Kultur zerstöre und dass Homosexualität eine „unnatural perversion“ sei, wurde hingegen in der Erklärung nochmals herausgestellt.

Der Erwerb ganzer Dörfer durch ITP ist im Nachbarland Frankreich keine Neuigkeit. Hier sind sie bereits im Besitz von drei kleineren Orten. Aber auch andere faschistische Gruppen bedienen sich dieser Taktik, wenn auch weniger erfolgreich. Ángel Jarne, Beamter des Umweltministeriums von Nordspaniens Region Aragón, bestätigte auf Anfrage der spanischen Tageszeitung „El País“, dass auch bereits spanische Faschisten im Auftrage deutscher Rechtsextremisten versucht haben, verlassene Dörfer zu kaufen. Bei den engen Verbindungen die ITP zu anderen europäischen Gruppen unterhält, wundert eine Übernahme solcher Praktiken durch befreundete Faschisten anderer Staatsangehörigkeit kaum. Erst im September 1999 trafen Vertreter von Jörg Haider's FPÖ, der französischen „Nouvelle Résistance“, der spanischen „Falange“ und der italienische „Fiamma



Zufluchts- und Trainingsort für Faschisten

daorgans „final conflict“ lehnt ITP die Demokratie, die Möglichkeit der Ehescheidung und den vorzeitigen Schwangerschaftsabbruch ab und kämpft für die sofortige Rückführung aller MigrantInnen. Des weiteren machen sie sich für die „schonungslose“ Verfolgung von Homosexuellen und Juden stark, die sie zu ihren Hauptfeinden erklären. Die englische Organisation wird für eine Reihe von gewalttätigen Überfällen auf Treffpunkte von Homosexuellen und ausländischen Menschen verantwortlich gemacht, die im Frühjahr dieses Jahres in England acht Personen das Leben kosteten.

Aufgrund der kritischen Berichterstattung in der englischen und spanischen Presse seit Mitte November 1999 fühlten sich die Kameraden von ITP am 23. November 1999 zu einem ersten offiziellen Statement gezwungen. In diesem heißt es, dass sie Juden niemals als „Plage“ bezeichnet hätten, wie ihnen mehrfach vorgeworfen wurde, sondern sich lediglich als Op-

Tricolore“ zu gemeinsamen Beratungen mit ITP in London zusammen.

Auch Udo Voigt (NPD) gab in der vorletzten Ausgabe (Nr. 19) des „final conflict“ ein ausführliches Interview zu seinen Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit ITP und anderen „Nationalen Bewegungen“ im Ausland. „Internationale Kooperation“, sagte er, „ist für die NPD sehr wichtig. Die Rolle des multinationalen Kapitals, das den amerikanischen Vorgaben einer neuen Weltordnung folgt, kann nicht alleine auf nationaler Ebene zerstört werden.“ Die NPD kann dabei auf sehr gute Kontakte ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) zu ITP zurück greifen, die auf ihrem „6. Europäischen Kongress der Jugend“ am 30. Oktober 1999 bereits einen bekannten Namen auf ihrer Rednerliste vorweisen konnte: Derek Holland von ITP.

B. Kant

Schweiz: Wahlerfolge für Geschichtsrevisionisten?

Als am 24. Oktober 1999 das Ergebnis der Schweizer National- und Ständeratswahlen bekannt wurde und der große Wahlerfolg der rechtspopulistischen „Schweizer Volkspartei“ (SVP) und ihres Frontmannes Christoph Blocher durch die Medien ging, da erreichte auch eine weitere Meldung die bundesdeutsche Öffentlichkeit, dass nämlich dieser Christoph Blocher „Mühe mit der Abgrenzung“ (Neue Zürcher Zeitung) nach Rechts habe. Was war passiert?

Im Frühjahr 1997 erhielt Nationalrat Blocher Fanpost von seinem „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“ (AUNS)-Mitstreiter Ric Wohlgenuth, der sich bei Blocher für dessen klares Eintreten gegen die Forderungen jüdischer Organisationen in der Auseinandersetzung um das Nazigold in Schweizer Banken bedanken wollte. Dabei legte er eine Veröffentlichung von Jürgen Graf: „Das Rotbuch - Vom Untergang der Schweizerischen Freiheit“ bei. Blocher reagierte prompt. „Für Ihr anerkennen des Schreiben vom 12. März 1997 danke ich Ihnen herzlich. Ganz besonders habe ich mich über die Schrift 'Vom Untergang der Schweizerischen Freiheit' von Jürgen Graf gefreut. Wie Recht er doch hat.“ Gleichzeitig fügte er noch den Text seiner Rede, die er im März 1997 in Zürich gehalten hatte bei. Blocher erhob in dieser Rede den Vorwurf, den jüdischen Organisationen gehe es nur ums Geld, nicht um tatsächliche Entschädigung für erlittenes Unrecht.

Und hier ist durchaus eine ideologische Schnittmenge zum Band von Jürgen Graf zu finden. In einem Beitrag der Zeitung „Sonntags-Blick“ wird der Inhalt des Buches folgendermaßen zusammengefasst: „Unter dem Vorwand die 'Meinungsknebelung' in der Schweiz anprangern zu wollen, fasst Graf im 'Rotbuch' sein früheres Buch 'Auschwitz - Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust' zusammen. Jürgen Graf bestreitet darin auf perfide Art und Weise die Existenz von Gaskammern und die planmäßige Massenvernichtung von Juden im zweiten Weltkrieg.“ Graf selbst gehört mit seinem damaligen Verleger Gerhard Förster (1998 verstorben) zu den entscheidenden Figuren des Schweizer Geschichtsrevisionismus. Er fühle sich dazu auserkoren - so der „Sonntags-Blick“ - „gegen die so genannte 'Holocaust-Lüge' zu kämpfen. Für ihn ist die Judenvernichtung 'der monströseste Schwindel aller Zeiten', 'eine einfältige Märchengeschichte'.“

In der Schweiz ist jedoch eine solche Form der Geschichtsleugnung strafbar und Graf wurde im Sommer 1998 vom Bezirksgericht Baden zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das Obergericht Aargau bestätigte im Juni 1999 das Urteil vollumfänglich.

Im Zuge der Ermittlungen der Bundespolizei gegen den Holocaust-Leugner wurden bei Graf 1997 Bücher, Broschüren, Flugblätter und Briefe beschlagnahmt, unter anderem eine Kopie des oben genannten Briefes von Christoph Blocher. Ric Wohlgenuth hatte diese Kopie an Förster und Graf geschickt, denn „Herr Graf hat es verdient, von dem Schreiben Kenntnis zu bekom-



Milliardär Christoph Blocher (SVP)

men. Graf ist wie Blocher ein erstklassiger Patriot, wie es nicht mehr viele in der Schweiz gibt.“ Blochers „Patriotismus“ zeigt sich vor allem in seinen antisemitischen Ausfällen und

seinen rüden Attacken gegen Migrantinnen und Migranten.

Obwohl die Vorgänge um den Blocher Brief in der Woche vor dem Wahltermin durch die Schweizer Presse gingen und Blocher selber versuchte sich mit halbseidenen Erklärungen aus der Verantwortung zu stehlen, haben diese Berichte offensichtlich seiner Popularität keinen Abbruch getan. So liess Blocher seine Frau erklären, er habe das Buch von Graf überhaupt nicht gelesen und distanziere sich natürlich von solcher Holocaust-Leugnung.

Was schon vorher erwartet wurde, trat am 24. Oktober ein: Blochers SVP gelang ein deutlicher Zuwachs an Stimmen, sie wurde mit 23,3 % (+ 8,4%) sogar stärkste Kraft bei den Nationalratswahlen. Dabei gelang dieser Zuwachs vor allem zu Lasten der anderen Rechtsaussen-Parteien, wie beispielsweise der „Freiheitspartei“ (FPS), der „Autofahrerpartei“, den „Schweizer Demokraten“ oder dem „Landesring“. Die NZZ kommt zu dem Ergebnis, die SVP habe „vor allem das bereits manifeste, nicht zuletzt asylpolitische Protestpotential integriert (und konzentriert), das bisher der FPS und auch den SD zugute gekommen war.“

Und so stellt sich die Frage, ob Blocher trotz des oben genannten Skandals oder gar wegen dieser offen gezeigten Sympathie für rechtsextreme Positionen seine politische Position hat ausbauen können. Die Frage des Verhältnisses zu Rechtsaussen-Positionen ist innerhalb der SVP umstritten. So kritisierte der

Die SVP und das Großkapital

Christoph Blocher dominiert die „Schweizerische Volkspartei“ mit Hilfe seiner sog. „Zürcher Troika“. Dieser gehören mit Blocher und Walter Frey zwei der reichsten Männer der Schweiz an. Frey, Fraktionsvorsitzender im Nationalrat, ist einer der größten Autohändler Europas. Seine „Emil-Frey-Gruppe“ ist Generalimporteur für Toyota, Subaru, Kia u.a. fernöstliche Produzenten sowie den britischen Ableger von BMW Rover in der Schweiz. In Deutschland werden Hyundai, Subaru, Proton und Isuzu importiert. Die deutsche Tochter von der „Emil-Frey“, „Schwabengarage“, ist der größte Ford Händler der Welt. Insgesamt betreibt die Gruppe fast 70 eigene Autohäuser und setzt rd. 4 Milliarden Franken um. Die schweizerische Wirtschaftszeitschrift „Bilanz“ schätzte das Vermögen von Frey in einer Aufstellung der 300 reichsten Bewohner des Alpenlandes auf 600-700 Millionen Franken.

Noch reicher ist Christoph Blocher, sein Vermögen schätzte „Bilanz“ auf 2-3 Milliarden Franken. Ihm gehört die Aktienmehrheit der „Ems-Chemie-Holding“, Produzent von polymeren Werkstoffen und Feinchemikalien. Der Konzern setzt über eine Milliarde Franken um. Anstelle Dividende zu zahlen, kauft Ems eigene Aktien zurück, auf dieser Art erspart sich Blocher das lästige Steuerzahlen. Mit jeweils 1,2 Prozent ist Blocher an dem Schweizer Aluminiumkonzern „Algroup“ und dem Chemiekonzern „Lonza“ beteiligt. Beide Konzerne bildeten noch vor wenigen Monaten eine Einheit, mit rd. fünf Milliarden Franken Umsatz. Nachdem Blocher und sein Geschäftspartner Martin Ebner einstiegen zerschlugen sie den Konzern. Zuvor hatten sie versucht, den Konzern beim deutschen Mischkonzern VIAG unterzubringen. Blocher und seine SVP hatten früher Kampagnen gegen den Verkauf Schweizer Unternehmen an Ausländer geführt.

Brisant ist die Verbindung Blochers mit dem Großspekulanten Ebner. Dessen „BZ Gruppe“, die Multimilliarden privater Kapitalanlagen verwaltet, hält bedeutende Beteiligungen an diversen schweizerischen und internationalen Konzernen. Nachdem „BZ“ eine Beteiligung an einem Konzern erworben hat, wird das Management unter Druck gesetzt Unternehmensteile zu schließen, zu verkaufen oder mit anderen Konzernen zu fusionieren. Noch bis 1997 waren die Gruppen von Blocher und Ebner finanziell verflochten. Ende 1997 lösten sie jedoch die Verbindungen. In der Wirtschaftspresse wird gemutmaß, das Blocher zu den weitgehend unbekannten Aktionären der „BZ Gruppe“ gehört. Bei der Zerschlagung der „Algroup“ arbeiteten „BZ“ und Blocher ein weiteres mal nach der Trennung zusammen.

Christian Christians

Wolfgang Kreutzberger

Religion und Rassismus

Die „Christian Identity“-Bewegung in den USA

Zur Jahrtausendwende mag es nahe liegen, den Blick genauer auf eine rechtsradikale politische Bewegung zu richten, die auf dem Gebiet der zum Jahrhundertende einzig verbliebenen Supermacht für die Ankunft eines tausendjährigen Reiches des Friedens und Glücks zu kämpfen vorgibt. Ein Reich freilich, das wie dereinst das der Nazis seine Prägung erhält durch die „arische Vorherrschaft“, die Unterdrückung der „Minderwertigen“ („mud people“) und die Vernichtung des „jüdischen Feindes“. Nicht umsonst hängt in einigen Versammlungsräumen der Bewegung Hitlers Bild neben dem ihres Gründers Wesley Swift, aus dessen Anstrengungen, den „Ku-Klux-Klan“ wiederzubeleben, 1946 die erste Kirche des „Christian Identity Movement“ (CIM) entstanden sein soll.

So abwegig das noch im einzelnen vorzustellende theologische und politische Credo dieser Bewegung erscheint – es ist wichtig zu erkennen, dass ihre maximal 50.000 Anhänger, die überdies einem nicht einheitlichen religiösen Dogma folgen und unterschiedliche politische Verhaltensstile aufweisen, Teil eines Netzwerks rassistischer Organisationen und Strömungen sind. Diese reichen vom „Ku-Klux-Klan“ über Skinhead-Gruppierungen, terroristisch-kriminelle Kader, Anhänger des Nationalsozialismus, „New Age“-Adepten, lokale „survivalists“ und Milizen bis hin zum äußersten rechten Rand der fundamentalistischen religiösen Rechten und der „Republikanischen Partei“.

Und diese rassistischen Bewegungen sind ihrerseits motiviert durch politische Themen und Frontstellungen, die sie in der einen oder anderen Weise und unterschiedlich intensiv mit der etablierten politischen und religiösen Rechten, in einigen Aspekten selbst mit den „New Democrats“ eines Bill Clinton verbinden: Manchesterliberalismus, Steuerprotest, UNO-Feindlichkeit, Anti-Zentralismus, Waffenfetischismus, Anti-Sozialstaatlichkeit, traditionelle Familienwerte, Law and Order u.a.m.

Auch in Europa, v.a. in Schweden, findet CIM Anhänger und Nachahmer. Dennoch kann man es sich schwerlich außerhalb der besonderen amerikanischen Traditionen und Mentalitäten vorstellen. Besonders die religiöse Verbrämung rassistischer Vorurteile und Gewalt und die Eignung der Religion als verbindendes Glied ansonsten sozial und politisch divergenter Gruppen verweisen auf die besondere Rolle, die die Religion in der Gestaltung der amerikanischen Gesellschaft spielt. Religiöse Derivate haben daher auch für den politischen Bereich erhebliche Bedeutung. Zu dieser Eigentümlichkeit gehören:

- der vergleichsweise gering institutionalisierte, fragmentierte und „basisnahe“ Charakter amerikanischer Kirchlichkeit, der den europäischen Besucher in seinen kommunitären Aspekten durchaus beeindrucken kann;

- der eher niedrige Stellenwert professioneller Theologen und kirchlicher Approbation des Dogmas gegenüber „hausgemachter“ Auslegung der Schrift und versatzstückhafter religiöser Lehre - ein Erbe der Opposition gegen die puritanische Theokratie und der „frontier“-Exi-

stenz (nicht umsonst besitzt das CIM seinen Schwerpunkt im amerikanischen Westen);

- ein kämpferischer Aktivismus in der Erfüllung täglicher Losungen, deren Befolgung als Bewährung im Kampf des Guten mit dem Bösen aufgefasst wird;

- eine Angst vor Zerfall und Dekadenz, die die Gläubigen um das versprochene Heil bringen könnten, und die Neigung zu moralischen Kreuzzügen.

Charakteristisch ist auch das Bewusstsein, ein Häuflein Aufrechter inmitten der von so genannten Agenten des Teufels bevölkerten Wildnis zu sein (von daher die Neigung zu Geheimbündelei und zu Verschwörungstheorien) und - in einer merkwürdigen Verschmelzung von biblischen Bildern, politischen Gründungsmythen und Cowboy-Romantik - die Vorstellung vom „lonely warrior“, dem stellvertretend für die Gemeinschaft verfolgten Helden, der seine wahre Gloriole im Märtyrertum gewinnt. Überwölbt ist das Ganze vom Glauben, in der Nachfolge des alten Israel einem auserwählten Volk anzugehören, dessen Heimstatt („God's own country“) gegen den Ansturm des Bösen in chiliastischer Erwartung zu verteidigen ist.

Die durch die Verfassung gewährleistete strikte Trennung von Staat und Kirche bedeutet keineswegs, dass die Begründungen und Rechtfertigungen politischen Handelns durchgängig säkularisiert sind. Die Garantie religiöser Bekenntnisfreiheit führt vielmehr dazu, dass religiös gewandete Doktrinen einen Anspruch auf besondere Geltung für sich reklamieren können und dass sie ihrer traditionellen „white-anglo-saxon-protestant“-Prägung nach einer „multikulturellen“ Aufweichung besonders hartnäckig entgegenstehen. Die Ausstrahlung der religiösen Bekenntnisfreiheit auf die politische Meinungsfreiheit hat überdies zur Folge, dass seitens der Mehrheit Toleranz auch gegen politisch abseitige Strömungen geübt wird - soweit sie nur in den von der öffentlichen Meinung oder den Meinungsführern für wesentlich gehaltenen ideologischen Aspekten dem Mainstream folgen, also das Privateigentum, den Individualismus oder den Glauben an ein höchstes Wesen („in God we trust“ sagt sogar der Dollar) nicht antasten. „Hate speech“, ein aus der Bekämpfung des Antisemitismus, aus der Emanzipation der Afroamerikaner, der Frauen- und Schwulenbewegung geborenes politisches De-



likt, das rassistische und sexistische Anfeindungen zügeln soll, findet daher vor amerikanischen Gerichten nur geringe Verfolgungsbereitschaft.

Geschichte und Entwicklung

Die Geschichte des CIM reicht theologisch zurück bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich im Gefolge der aufkommenden Rassenlehre und des beginnenden Imperialismus britische Autoren aufmachten, die biblischen Verheißungen für das erwählte Volk mit Aussagen über die genetische Abkunft der Angelsachsen zu verknüpfen. Wenn die Angelsachsen nach dieser Doktrin Abkömmlinge der über den Kaukasus nach Europa gelangten zehn verlorenen Stämme Israels waren, war damit ein direktes Verbindungsglied zu den biblischen Prophezeiungen hergestellt, und die Briten konnten als Erben des göttlich garantierten Rechts gelten, sich die Erde untertan zu machen.

Die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge verdeutlichen, warum diese Lehre gegen Ende des 19. Jahrhunderts, mit der imperialistischen Übernahme der „white man's burden“ durch die Amerikaner in den Vereinigten Staaten Fuß fasste. Es bedurfte freilich der innenpolitischen Stimmungslage nach dem Ersten Weltkrieg, damit sich der „British Israelism“ eindeutig mit der politischen Rechten verband und aggressiv antisemitische Züge annahm. Einer der aktivsten Propagandisten des „Israelism“ in dieser Periode, William J. Cameron, war zeitweilig Herausgeber von Henry Fords notorisch antisemitischem „Dearborn Independent“ und damit auch der dort veröffentlichten angeblichen „Protokolle der Weisen von Zion“, die eine jüdische Weltverschwörung suggerierten.

Diese Entwicklung musste zugleich eine Änderung der „theologischen“ Lehre veranlassen - denn wie konnte man gleichzeitig Antisemit und Abkömmling der Juden sein? Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden daher Anstrengungen unternommen, die dem Holocaust entronnenen Juden, jüdische Bürger Amerikas und die Bewohner des Staates Israel der biblischen Legitimation zu berauben und ihre Zugehörigkeit zu den semitischen Völkern in Zweifel zu ziehen. Sie galten nun als Abkömmlinge Kains, dieser als Frucht einer Verbindung Satans mit Eva. Seine Nachkommen sollten danach ein turko-mongolisches Mischvolk sein, auf einer Stufe mit anderen nicht-weißen „Untermenschen“, nur mit einem unstillbaren Ressentiment ausgestattet, den weißen Mann auf jede mögliche Weise auszubeuten und zu dezimieren. Zwei Weltkriege und die Russische Revolution, aber auch die Einführung einer Einkommenssteuer und die Errichtung einer Zentralbank in Amerika dienten danach nur dem Zweck, die „genetische Sahne“ der weißen Rasse zu verwässern, die arischen Christen - Nachkommen Jakobs und der biblischen Stämme Israels - an der Fortpflanzung zu hindern, ihren Glauben an den Wert der eigenen Rasse zu untergraben und die den produktiven Weißen entzogenen Steuern an die minderwertigen Rassen zu verteilen. Richard Butler - als Gründer und Leiter der von Idaho aus wirkenden „Church of Jesus Christ Christian“ eine der führenden Figuren des CIM - drückte dies in einem Interview mit „Newsweek“ 1985 so aus: Das Versprechen von Freiheit und Gleichheit gelte nur dem amerikanischen als einem christlichen Volk, nicht den Völkern Asiens, Afrikas oder der Sowjetunion. „Wie erschrockene Schafe haben wir zugesehen, dass um die Unterprivilegierten herumwimmernde Gutmenschen unsere Kinder lustvoll am Nacken packten und ihr Gesicht in den Dreck drückten, nur um Gleichheit herzustellen.“

Als Instrument für solche Absichten gelten vielen Anhängern des CIM die angeblich „zionistisch“ beherrschten Medien und Banken, die von ihnen abhängige „Besatzungsregierung“ und die „unamerikanische“ Weltregierung der UNO. „Theologisch“ gesprochen, befindet sich die Welt nach dieser Lehre am Rande des „Armageddon“, der apokalyptischen Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse, wobei die Arier als Kinder des Lichts im Kampf gegen die jüdische Weltverschwörung die Rettung der Welt bewirken müssten. „Der Usurpator“, so heißt es in einer Publikation der mit CIM eng verflochtenen „Aryan Nations“, „wird von der furchtbaren Macht von Yahwehs Volk gestürzt werden, wenn es zu seinen Wurzeln und seiner besonderen Bestimmung zurückgekehrt sein wird.“ Das ist auch das Szenario des durch das McVeigh-Attentat in Oklahoma 1995 bekannt gewordenen Romans des Neonazis William Pierce „The Turner Diaries“. Darin erklärt der Held den Rassenkrieg an die „internationale jüdische Konspiration“, unter deren Tyrannei Weiße zur Heirat mit Angehörigen minderwertiger Rassen gezwungen oder korumpiert wurden; in dessen Folge sei die jüdisch kontrollierte Regierung gestürzt, Israel atomar zerstört und ein christliches Paradies errichtet worden.

Von Anfang an war das CIM nicht förmlich organisiert wie etwa protestantische Denominationen (Methodisten oder Presbyterianer), sondern das Werk konkurrierender religiöser

Bewegungsunternehmer mit ihrer jeweils eigenwilligen Bibelauslegung. Der bekannteste unter ihnen ist der bereits erwähnte, aus Kalifornien stammende und dort mit dem Gründer der ersten „Christian Identity“-Kirche, Swift, in Berührung gekommene Richard Butler. Inhaber mehrerer einträglicher Patente, war er in den 60er Jahren Konstrukteur bei der Flugzeugfirma Lockheed, ehe er 1973 nach Idaho zog und sich in Hayden Lake ganz dem CIM widmete. Ende der 70er Jahre begann er, jährliche Konferenzen der Bewegung, Jugendtreffen und Gefängnisgruppen („Aryan Brotherhood“) zu organisieren sowie Publikationen zu verbreiten, darunter als bekannteste „Calling our Nation“.

In den späten 1980er Jahren zeigten sich andere Prediger des CIM beunruhigt über das militante Image von Butlers „Church of Jesus Christ Christian“, das nicht zuletzt durch die Swastika-Bestückung seiner Kirche hervorgerufen wurde und durch seine zur Schau gestellte Verehrung des 1984 in einem „shoot-out“ mit FBI-Agenten ums Leben gekommenen Fanatikers Robert Mathews, des Gründers der paramilitärischen „Silent Brotherhood“. Zu gleicher Zeit, als George Bush verkündete, er wolle dem rabiatischen Credo Ronald Reagans einen freundlicheren Anstrich geben, bemühten sich andere Gemeinden des CIM, von der Hitler-Begeisterung Butlers abzurücken und seine in der Konsequenz exterministische Lehre von der Überlegenheit der weißen Rasse durch eine eher „ethnopluralistische“ Segregationslehre abzumildern. Juden sollten danach nicht mehr als Abkömmlinge des Satans, sondern als des nicht mit dem Segen Abrahams versehenen Esau gelten; sie wie alle nicht-weißen Menschen sollten als menschliche Geschöpfe Gottes anerkannt und, soweit in den USA ansässig, als Fremde, aber mit Respekt behandelt werden. So eine Interpretation der biblischen Lehre in „Jubilee“, dem zweimonatlich in Kalifornien erscheinenden und inzwischen zum publizistischen Flaggschiff der Bewegung aufgerückten Organ. Dass dies keine Abschiednahme von einem Verständnis der Bibel als der „Familiengeschichte der Weißen

Rasse“ und der von daher abgeleiteten unverbrämten Legitimation rechtsradikal orientierten politischen Handelns bedeutete, war schon dem Titel einer Broschüre zu entnehmen, die einer der heute führenden, „Jubilee“ verbundenen Figuren des CIM, der von Colorado aus wirkende Prediger Pete Peters herausgegeben hat: „The Bible - Handbook for Survivalists, Racists, Tax Protesters, Militants and Right-Wing Extremists“.

Hatte das CIM ab Mitte der 80er Jahre eine gewisse Flaute erlebt, so erfreute es sich ab 1993 steigenden Zulaufs. Die Kurzlebigkeit vieler Gruppen, ihre wechselhaften Verbindungen mit Neo-Nazi-Gruppierungen, ihre oft im Untergrund oder in geringer Intensität stattfindende Aktivität erschweren eine genaue Einschätzung. Doch scheint festzustehen, dass sich das CIM, insbesondere auch ihr „Aryan-Nations“-Zweig, bis 1996 mit eigenen Gemeinden über die Hälfte der US-Staaten verbreitet hatte und zu der Zeit nach einer Schätzung des „Southern Poverty Law Center“ (neben der „Anti Defamation League“ eine der wichtigsten Einrichtungen zur Beobachtung rechtsradikaler Umtriebe) über ca. 35.000 aktive Anhänger verfügte.

Religion, Ideologie und Politik

Die häufig anzutreffende These, dass das CIM den einigenden Kitt zwischen den verschiedenen rassistischen Gruppierungen Amerikas abgibt und eine Brücke zum fundamentalistischen Flügel des Protestantismus darstellt, ist nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls, wenn Schätzungen zutreffen, wonach die knappe Hälfte der „White Supremacy“-Anhänger sich für die Doktrinen des CIM aufgeschlossen zeigen und etwa ebensoviele CIM-Anhänger aus konservativ-fundamentalistischen Elternhäusern stammen. Dennoch sind die religiösen Postulate des CIM - uneinheitlich und widersprüchlich vertreten, wie sie sind - mit den vorherrschenden Orientierungen unter protestantischen Fundamentalisten kaum vereinbar.



Demonstration von „Aryan-Nations“-AnhängerInnen

Dies gilt schon eher für die politischen Folgerungen, denkt man an die wichtige Rolle, die fundamentalistische Geistliche in der Organisation des Zweiten „Ku-Klux-Klan“ in den 1920er Jahren innehatten. Das religiöse Angebot des CIM ist innerhalb der rassistischen Bewegung der USA auch keineswegs das allein herrschende: daneben existieren andere christliche, naturreligiöse („Church of the Creator“), neuheidnisch-nordische (Odinist-, Asatru-, Wotanist-Kulte), deistische, agnostische und am Rande sogar heftig religionskritische Richtungen.

Versucht man, sich die Attraktion des CIM in der radikalen Rechten zu erklären, so dürfte die dort vertretene Konspirationsthese ein wichtiger Anhaltspunkt sein. Sie bildet die Brücke zwischen antisemitischen Stereotypen und dem gegen Schwarze gerichteten Rassismus. Umfragen in der amerikanischen Bevölkerung zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen diesen Vorurteilsstrukturen gegeben ist und antisemitische Agitation (die Juden seien materialistisch, machthungrig und eine verschworene Gemeinschaft) bei etwa einem Fünftel auf fruchtbaren Boden fällt. Die Rolle der Juden wird in der CIM-Ideologie darin gesehen, dass sie den Geist der weißen christlichen Amerikaner vergiften, indem sie Multikulturalismus, Rassenmischung und sexuelle Libertinage in den Medien propagieren und durch Regierungsprogramme realisieren würden, die der Gleichstellung der Schwarzen, der Frauen oder sexueller Minderheiten dienen würden. Folglich richten sich die politischen Anstrengungen darauf, die „kulturelle Enteignung“ der Weißen in den USA

rückgängig zu machen, am besten durch totale Separation von der schwarzen, hispanischen und asiatischen Bevölkerung, die „Macht dem Volk zurückzugeben“ und eine internationale „Allianz der weißen Rasse“ zu schmieden.

Die Verschwörungstheorie im Verbund mit dem apokalyptischen und manichäischen Weltbild des CIM legt Gewalt zur Durchsetzung dieser Ziele nahe, und das Bild des Juden und Schwarzen lässt keine Rücksicht auf das Leben und die Würde dieser Mitmenschen erwarten. Dennoch gilt für die meisten seiner Mitglieder, dass schon der Akt, die vermeintliche Wahrheit zu verkünden, zur Erfüllung des revolutionären Auftrags genügt, allenfalls verbunden mit legalen politischen Kampagnen (wie der, die amerikanischen Gesetze den Geboten der Bibel anzupassen) oder der Unterstützung von dem CIM nahestehenden politischen Repräsentanten, vornehmlich in der „Republikanischen Partei“. Eine Grauzone zwischen diesem politischen Quietismus und offen illegalem Verhalten bilden politische Aktivitäten, die auf Abschottung („Church of Israel“) oder totale lokale Autonomie und durch Waffengebrauch unterstützte Verweigerung jeglicher staatlicher Intervention gerichtet sind („Christian Patriots Defense League“ und „Covenant, Sword and Arm of the Lord“) und wie sie am Rande des CIM z.B. in der „Posse Comitatus“ (lateinisch für „Macht der Grafschaft“) oder der Milizbewegung virulent wurden. Über den Bereich kurzfristiger militanter Ausbrüche hinaus ging eigentlich nur die von der CIM und dem „Ku-Klux-Klan“ abstammende, kriminell-terroristische Kader-

Organisation von Robert Mathews („The Order“ oder auch „Silent Brotherhood“), die sich 1983/84 einen regelrechten Krieg mit der Staatsgewalt lieferte. Die vor allem in Kalifornien operierende „White Aryan Resistance“, die über die Jahre hinweg mit zuweilen tödlichen Attacken auf Schwarze, Juden und Homosexuelle in Verbindung gebracht werden konnte und deren Fernsehprogramm „Race and Reason“ Gewalt verherrlicht, stammt zwar aus der Gemengelage von CIM, „Klan“, Neonazismus und antikomunistischen Gruppierungen, ihr Gründer und Leiter Tom Metzger ist aber eher ein Gegner religiöser Konventikel und Politikbegründungen. Ob die in diesem und im vergangenen Jahr vermehrt im amerikanischen Südosten vorgefallenen Brandstiftungen in afroamerikanischen Kirchen mit dem CIM in Verbindung gebracht werden können, ist strittig; nicht ausgeschlossen erscheint, dass ihm zugeneigte „lonely wolves“ (die freilich über zahlreiche Websites im Internet Kontakt halten) in „leaderless resistance“ auf eigene Faust handelten. Dennoch würde es in die Logik des Vorwurfs passen, den das CIM und hier insbesondere der aus Virginia stammende Autor Richard Kelly Hoskins in seinem Buch „Vigilantes of Christendom“ an die Adresse der etablierten christlichen Kirchen richtet: dass sie mit der Anerkennung der Juden als dem erwählten Volk Israel deren Einfluss auf die so genannte Degeneration der weißen christlichen Rasse erst ermöglicht hätten und damit auch den Zutritt der schwarzen Bevölkerung der Vereinigten Staaten zur der weißen Rasse vorbehaltenen christlichen Lehre.

Mahler im „Café Exzess“

Das Thema „Horst und die Montagsmahler“, seit Monaten schon ein Dauerbrenner im Rhein-Main-Gebiet, hat am 15. November 1999 mit einem kurzen Auftritt von Horst Mahler im „Café Exzess“ einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. An diesem Tag fand im Antifa-Café eine Veranstaltung statt, auf der über den Umgang mit künftigen „Montagsdemonstrationen“ von Mahler und seiner „Bürgerbewegung für unser Land“ diskutiert werden sollte.

Während der Referent bemüht war, den ZuhörerInnen Mahlers Hang zur Selbstdarstellung zu erklären, stellte sich jener – wohl zur Veranschaulichung der Thematik – persönlich zur Verfügung: Mahler wollte an der Veranstaltung teilnehmen. So bekamen die Anwesenden nicht in analytischer Fachsprache erklärt, welche skurrilen Blüten der Drang zur Selbstmystifizierung treibt, sondern es wurde ihnen hautnah vorgeführt. Die Rede, zu der der ehemalige RAF-Aktivist unmittelbar nach Betreten des Veranstaltungsortes ansetzte, wurde sofort von den anwesenden AntifaschistInnen unterbrochen. Anschließend wurde er des Saales verwiesen, wobei er nach Eigenangaben Prellungen erlitten haben will. Mahlers Versuch, mit dem Habitus eines „nationalen Linken“ und seinem gelernten linken Jargon, die politische Landschaft regional aufzumischen und dabei „orientierungslose Linke“ für seine rassistischen und natio-

nalistischen Ziele anzusprechen, ist damit fehlgeschlagen. Weitere Versuche sind jedoch zu erwarten, hat Mahler sich doch anschließend in einem „Offenen Brief“ an die VeranstaltungsteilnehmerInnen gewandt und um Verständnis für seine rechtsradikalen Parolen geworben.

Roeder verurteilt

Manfred Roeder (70) wurde am 2. Dezember vom Amtsgericht Grevesmühlen wegen Volksverhetzung zu einer zweijährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Zu den Zeugen des Prozesses zählten neben verschiedenen Journalisten auch der ehemalige NPD-Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Kowalski, sowie der vormalige NPD-Landtagswahlkandidat und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Wismar-Nordmecklenburg Michael Grube, der jüngst als V-Mann von sich Reden machte. Der 22-jährige Grube organisierte die Wahlkampfveranstaltung mit dem ehemaligen Rechtsterroristen Roeder in Upahl im August 1998, bei der die inkriminierte Äußerung Roeders vor rund 50 Zuhörern fiel. Den Genozid an den europäischen Juden habe es „bekanntlich nicht gegeben“.

Grube, seit 1997 im Dienst des

Verfassungsschutzes, verließ Anfang 1999 die NPD und schloss sich der vor rund einem Jahr gegründeten „Sozialistischen Volkspartei“ (SVP) an. Im März war Grube dann an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen beteiligt. In seinem

letzten Rundbrief hatte Roeder sein Verhalten vor Gericht angekündigt. „Ich bin entschlossen, bei allen Prozessen, die man jetzt gegen mich führt, Anklage gegen dieses antideutsche System zu erheben, das nur das eine Ziel hat, unser Volk mundtot zu machen, es zu lähmen, ihm jede Verteidigung zu nehmen und es schließlich durch massive Überfremdung und erzwungene Vermischung biologisch aufzulösen und auszulöschen.“



Manfred Roeder

Fabriken zu bauen hatten. Und jetzt soll nicht einmal die Hälfte der Entschädigungssumme, sollen nach Abzug der Steuerabschreibung gerade mal zweieinhalb Milliarden an den wirtschaftlichen Erben hängen bleiben? Und dies nicht etwa als "freiwillige humanitäre Leistung" oder etwa aus Einsicht in so etwas wie Verantwortung, sondern als leider unumgängliche Abblatzahlung, die dauerhafte Schäden auf dem nordamerikanischen Exportmarkt verhindern soll. Einen "deal" nannte Herr Gentz von Daimler-Chrysler folgerichtig die für die deutsche Industrie so vorteilhafte Einigung auf die Stiftungssumme – Milliardengeschäft damals, Milliardengeschäft heute.

Auch der deutsche Staat als Rechtsnachfolger des faschistischen Deutschland hat für das Systemverbrechen Sklavenarbeit einzustehen. Schließlich zeichnete der NS-Staat auf allen Ebenen – von der Führung über staatliche Einrichtungen und Betriebe wie Sozialversicherung, Reichsbahn und –post bis hin zum Netz der SS-Unternehmen und bis zu den Kommunen – für Planung und Eskalation des Zwangsarbeitssystems verantwortlich. Man mag Gerhard Schröder ja einen gewissen Lernprozeß zubilligen, wenn er sich seit seiner unsäglichen Bemerkung, die deutsche Industrie müsse vor überzogenen Forderungen geschützt werden, zur Einsicht durchgerungen hat, der nun vereinbarte Fonds stelle nur „einen kleinen Beitrag zur Milderung des Leids von einst“ dar, hinter dem Wirtschaftsinteressen zurückzutreten hätten. Auch darf man durchaus als Durchbruch werten, was den beharrlich für eine Entschädigungsstiftung aktiven Politikern der Grünen und der SPD mit der entsprechenden Festlegung der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 gelungen ist. Was aber bleibt, ist die politische Verantwortung des deutschen Staates für ein beschämendes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte mit „Wiedergutmachungs“-Regelungen, die Entschädigung für Zwangsarbeit ausdrücklich ausschlossen. Alle Bundesregierungen von 1949 bis 1998 haben der deutschen Justiz nach Kräften dabei geholfen, Klagen ehemaliger Opfer wegen vorenthaltener Lohnzahlung oder gar Schadensersatz zu Fall zu bringen. Auch der jetzt zugesicherte staatliche Anteil von 5 Milliarden Mark (zuzüglich der 2 ½ Milliarden an entgehenden Steuereinnahmen) ist erst nach beharrlichem Druck der US-Regierung und der amerikanischen Opferverbände gekommen.

Und schließlich wir, die wir weder Staat noch „deutsche Wirtschaft“ sind, auch wir haben einen Teil der bislang nicht beglichenen Schulden gegenüber den SklavenarbeiterInnen von damals zu tragen. All den Stammtischrunden, die einmal mehr „internationale Machenschaften“ am Werk sehen mit dem Ziel, „Deutschland auf die Anklagebank zu setzen, um weitere Zahlungen zu erzielen“ (so z.B. ein hessischer CDU-Parlamentarier) und auch denen, die „maßlose Rechtsanwälte“ (jüdische, versteht sich) oder „die mächtigen jüdischen Organisationen“ als Drahtzieher hinter dem Beharren auf Entschädigung ausgemacht haben – ihnen allen sei eingbläut, daß wir in der Tat Erben einer Schuldlast sind, die uns die Eltern- und Großelterngeneration aus dem deutschen Eroberungskrieg hinterlassen hat: Schulden und für erzwungene Hilfe in ungezählten Haushalten und für die von den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sichergestellte Versorgung der Zivilbevölkerung

etwa, die für die Nazi-Führung zwecks Aufrechterhaltung der „Heimatomoral“ hohe Priorität besaß. Als Erben dieser Schuld haben wir nicht zuletzt einzustehen für tausendfach verübte Denunziationen gegenüber FremdarbeiterInnen und Deutschen wegen „verbotener Kontakte“ oder wegen belauschter „Rundfunkverbrechen“, die für die Denunzierten vielfach Gefängnis, Sondergerichtsprozesse oder KZ-Haft,

oft die Ermordung durch Blutjustiz, Gestapo oder SS zur Folge hatten.

Die Geschichte der verweigerten Entschädigung für Zwangsarbeit ist mit der Einigung vom 17. Dezember 1999 zu keinem Ende gekommen. Sie wird auch keinen Abschluß finden können, weil das von den Tätern hinterlassene Schuldkonto immer offen bleiben wird.

Von Braunschweig nach Lüneburg – Neonazis auf Reisen

Eine Stunde dauerte der Neonazi-Aufmarsch in Lüneburg. Nachdem am 4. Dezember das Lüneburger Obergericht das Verbot des NPD-Aufmarsches gegen die Wehrmachtsausstellung in Braunschweig bestätigt hatte, marschierten über 70 Neonazis vor das Obergericht. „Wir waren überrascht“, erklärte dazu Polizeisprecher Gerd-Dieter Hagels.

Angeführt von Thomas Wulff, Bernd Stehmann und Manfred Börm hatten die „Freien Kräfte im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ bereits in Hannover-Lehrte versucht, gegen das Verbot des von der NPD Niedersachsen angemeldeten Aufmarsches zu der „Schandausstellung“ auf die Straße zu gehen. Als die Polizei dies verhinderte, fuhr der Konvoi nach Lüneburg. In der alten Salzsstadt angekommen, durchbrachen sie eine Polizeisperre, zogen vor das Verwaltungsgericht und hielten eine Kundgebung ab. Danach ging es zum Zentralfriedhof, wo sie am Denkmal für die gefallenen deutschen Soldaten ein „Heldengedenken“ abhielten. Erst als sie den Friedhof verließen, griffen die eiligst herbei gerufenen Polizeibeamten ein. Die Lüneburger Beamten mußten ihre Weihnachtsfeier unterbrechen und die Oldenburger ihre Heimreise aus Braunschweig. 71 rechte Marschierer nahm die Polizei in Gewahrsam und stellte Fahnen und Plakate sicher. Wulff und Börm blieben auf richterlichen Beschluß mehrere Stunden in Unterbindungsgewahrsam. Gegen mehrere Personen ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und versuchter Gefangenenerbefreiung.

Während dessen demonstrierten unter dem Motto „Kein



Links oben Jürgen Gerg - rechts vorn mit schwarzer Lederjacke Michael Arnold

Naziaufmarsch in Braunschweig und anderswo! Eingreifen statt zuschauen“ ca. 2000 Personen in der Löwenstadt. „Es ist der Erfolg einer Bündnisarbeit, mit der es gelungen ist ein breites Spektrum zu mobilisieren“, betonte Stefan Hölzer als Sprecher des Bündnis gegen Rechts. „Dadurch sahen sich die Verantwortlichen in Stadt und Polizei genötigt, den NPD-Aufmarsch zu verbieten“. Warum aber deshalb der sozialdemokratische Oberbürgermeister Mädege, unter dessen Führung seit Monaten massiv gegen die örtliche Antifa vorgegangen wird und Flüchtlinge „konsequent“ abgeschoben werden, als Kundgebungsredner auftreten mußte, fragten sich einzelne Antifagruppen des Bündnisses.

Jos Anders



Wenig ruhmreiches Ende einer stundenlangen Irrfahrt durch mehrere niedersächsische Städte

Cordelia Heß

Voll im Trend

Nazis demonstrieren gegen Bauwagenplatz

Das erste Adventswochenende hatte sich nicht nur der Einzelhandel anders vorgestellt. Weihnachtsgeschenke haben nur die wenigsten eingekauft, die am 27. November im Hamburger Stadtteil Barmbek unterwegs waren. Über 1000 Einsatzkräfte der Polizei liefen zusammen mit etwa 500 AntifaschistInnen und 100 Neonazis durch die Straßen, alle fein säuberlich voneinander getrennt. Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr wurde mit Hilfe der rot-grünen Regierung in Hamburg ein Aufmarsch militanter Neonazis durchgesetzt.

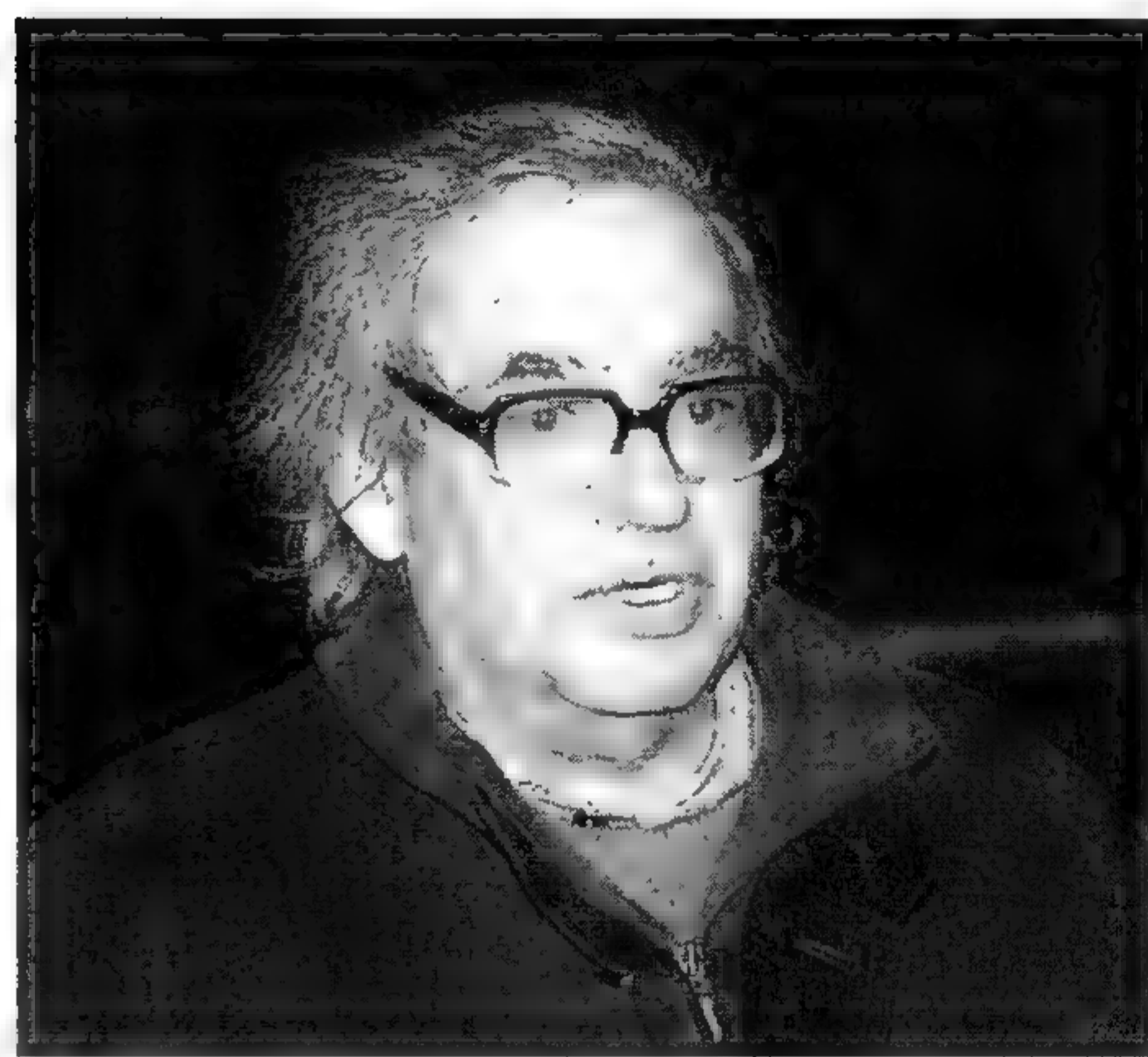
„Kein Bauwagenplatz in Barmbek“ forderten die Nazis diesmal und lagen damit voll im Trend: Seit Monaten versuchten die sich erneut volksnah gebende CDU und die „Bürgerinitiative gegen weitere Bauwagenplätze in Hamburg-Nord“ mit einer Unterschriftenkampagne der geplanten Ansiedlung von acht Wagen Einhalt zu gebieten. Nach der Räumung ihres vorherigen Wohnortes hatten die BewohnerInnen auf der Grundlage des novellierten Hamburger Bauwagengesetzes einen Platz in Barmbek zugewiesen bekommen. Schon Wochen vorher malten vor allem das „Hamburger Abendblatt“ und die „Welt“ Schreckensbilder von offenen Drogenszenen, Krankheitsherden und weiteren Gefahren für „ordentliche“ BürgerInnen und deren Kinder. Die „Resozialisierung“ der „bedingt umfeldverträglichen“ BauwagenbewohnerInnen forderten die Springer-Blätter, und außerdem: Wenn da die Linken wohnen, sind die Nazis nicht mehr weit.

Diese zumindest ließen sich nicht lange bitten. Nachdem der Bezirk ohne Berücksichtigung der gesammelten 4000 Unterschriften einen Pachtvertrag für den Platz abgeschlossen hatte, meldete der Vorsitzende der Hamburger NPD, Ulrich Harder, einen Aufmarsch an, unterstützt von „Freien Nationalisten“ um Thomas Wulff und Christian Worch. Seit mehr als zwanzig Jahren führt Harder den Landesverband ohne großen Erfolg und lehnte bisher die Zusammenarbeit mit Worch und Wulff ab. Unter dem Schutz von Polizei und Bundesgrenzschutz marschierten über 100 Neonazis unter der Führung des „Hamburger Sturms 18“ (Steffen Holthussen, Tobias Thießen, Thorsten Bärthel und Torben Klebe) zwei Stunden durch den Stadtteil. Auf der Zwischenkundgebung beschwor Harder die Rechtsstaatlichkeit und

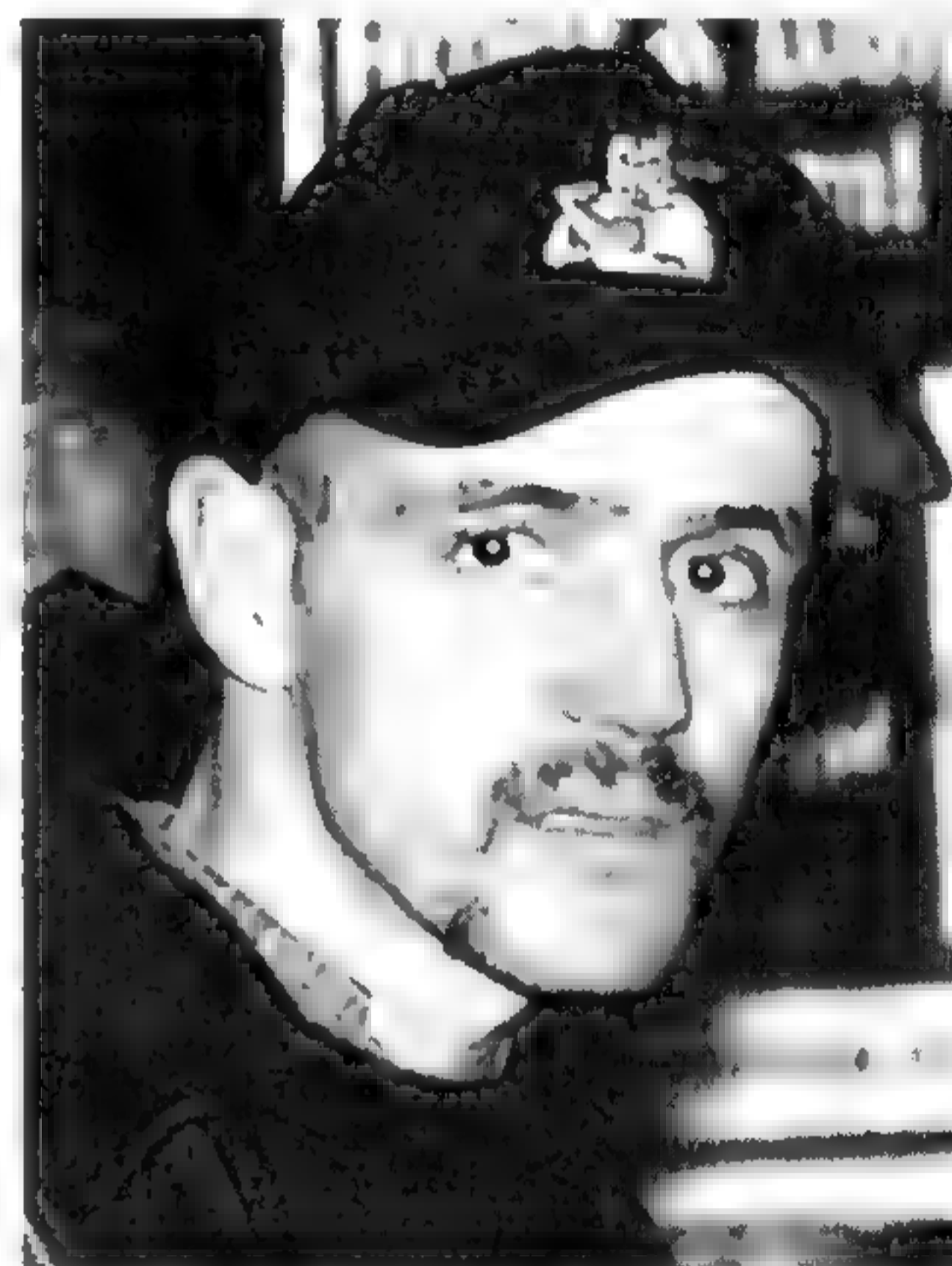
das Bürgerinteresse, bevor Peter Borchert vom „Schleswiger Sturm“ ihren Kampfeswillen verkündete. Christian Worch bezog sich direkt aufs „Hamburger Abendblatt“, als er als Abschlußredner betonte: „Wir vertreten hier die Bürgerinteressen.“

Trotz der Ängste vor „Überflutung durch dreckige Horden“ war das der Bürgerinitiative aber doch zuviel: Als „Trittbrettfahrer“ bezeichnete der CDU-Fraktionschef der Bezirksversammlung Kai Voet van Vormizeele die Nazis, die sich in Themen- sowie Wortwahl so getreulich an die Vorgaben der Partei hielten. So demonstrierten nicht, wie eine Barmbekerin fälschlicherweise behauptete, die „Anwohner“, sondern die Nazis blieben unter Wortführung von Christian Worch ganz unter sich.

Zeitgleich mit den Artikeln der Springer-Presse hatten die aufrufenden Nazigruppen sehr viel deutlichere Worte und Taten gefunden, um ihre



Ulrich Harder, Hamburger NPD-Vorsitzender



Peter Borchert aus Kiel

Abneigung gegen „Bauwagen-Chaoten und deren Helfershelfer“ auszudrücken: Im Oktober verübten Nazis einen Brandanschlag auf das Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp in Hamburg und nahmen auf einem dort hinterlassenen Flugblatt Bezug auf den geplanten Platz in Barmbek, weiterhin auf die Hafenstraße und die Rote Flora. Auch auf einen Bauwagenplatz und ein autonomes Zentrum in Norderstedt waren Anschläge verübt worden. In dem orthografisch eigenwilligen Flugblatt finden die „Aktionsgruppen“ deutliche Worte für die Ängste der BarmbekerInnen vor NachbarInnen, denen eventuell das Verständnis für preußische Sekundärtugenden fehlt: Ein Zusammenleben mit den Bauwagenleuten sei nicht möglich, „weil diese sich nicht an den Menschlichen [sic] Spielregeln halten wie Ordnung, Sauberkeit und Arbeit.“

Mit solchen Anschlägen wird einerseits der Feindseligkeit der BürgerInnen Ausdruck verliehen und gleichzeitig dem Kampf gegen Projekte, die als Orte linker Organisation wahrgenommen werden, eine neue Qualität verliehen - vom selben Spektrum, das immer wieder Aufmärsche unter Polizeischutz ermöglicht bekommt. Das Flugblatt, das bei allen Anschlägen hinterlassen wurde, ist unterzeichnet von den „Skinheads Bramfeld“, „Barmbeker Skins“, „Lohbrügger Sturm 15“, „HSV-Sturm Mob“ und „Hamburger Sturm 18“. Trotz des eindeutigen Bezugs der Marschierer zu den Anschlägen sahen sich die Staatsorgane nicht genötigt einzugreifen.

Die BauwagenbewohnerInnen selbst nehmen den Rummel eher gelassen, wie sie am Tag des Aufmarschs in einem Interview äußerten: „Wir haben ja jetzt einen Vertrag bis 2004.“



Bilden die Führungsmannschaft des „Hamburger Sturm 18“: Steffen Holthussen (o.l.), Tobias Thießen (o.r.), Thorsten Bärthel (u.l.), Torben Klebe (u.r.)

Onno Freese

UFOs mit Rechtsdrill

Das Versandhaus „Kopp“ und seine rechten Geschäfte

Das Geschäft mit Büchern und Videos zum Thema Ufos boomt seit Jahren. Auch etliche Versandhäuser drängen sich auf dem Markt, größtes Unternehmen ist der „Kopp Verlag“.

Das Versand- und Verlagshaus hat seinen Geschäftssitz im baden-württembergischen Rottenburg, der Bestellservice sitzt in Ostfeld in der Nähe von Husum. Kopp, Untertitel: „Fachversand für neue Wissenschaft und grenzwissenschaftliche Mysterien“, bietet das eigene Verlagsprogramm, das sich mit Ufos beschäftigt, sowie Bücher von fast allen Verlagen, die sich thematisch mit Ufos und Pseudowissenschaften beschäftigen. Im Katalog finden sich auch Bücher von neofaschistischen Verlagen wie „Grabert“ und „Arun“ die vordergründig nichts mit Ufos zu tun haben.

Bücher wie „Roosevelt und die internationale Hochfinanz“ von Anthony C. Sutton aus dem „Grabert Verlag“ und „Hinter den Kulissen des Dritten Reiches“ von Otto Rudolf Braun aus dem „Martin Verlag“ stehen für eine geschichtsrevisionistische Sichtweise. Sie stellen die Zusammenhänge rund um den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust in verschwörungstheoretischer Art und Weise dar, Opfer seien letztendlich die Deutschen. Für den Glauben an die Existenz von Ausserirdischen ist der Glaube an eine große Verschwörung Voraussetzung. Die meisten Ufo-Gläubigen gehen davon aus, daß eine Regierungsverschwörung die vermeintliche Tatsache der Existenz von Außerirdischen vertuscht.

Im Katalog von Kopp kumulieren diverse Verschwörungsmythen vom sogenannten Revisionismus der Neofaschisten über exemplarische Verschwörungslegenden der Ufos-Szene, z.B. über eine Nebenregierung namens MJ 12,

bis hin zum klassischen Mythos von der jüdisch-freimaurischen Weltverschwörung. Das wichtigste antisemitische Propaganda-Werk, die „Protokolle der Weisen von Zion“, findet sich im Katalog in einer wissenschaftlichen Bearbeitung. Obwohl in der Kommentierung dieser Ausgabe klar auf die Fälschung der angeblichen Protokolle hingewiesen wird, stellt der Werbetext die Behauptung auf, es handle sich um den „Verhandlungsbericht“ des „I. Zionistischen“, also jüdischen „Kongresses“.

Die Protokolle sind auch wichtigste Quelle für die antisemitischen Machwerke von Jan Udo Holey alias Jan van Helsing. Die Bücher, die unter dem Titel „Geheimgesellschaften und ihre Macht“ erschienen sind und den Mythos von der Verschwörung der Juden wieder aufwärmen, wurden auch bei Kopp angeboten. Nach der Beschlagnahme der ersten beiden Bücher führt Kopp noch weitere vier Bücher von Holey. Sein neuestes Buch preist das Versandhaus bereits vor Erscheinen an. Es würde den Glauben „an unsere Rechtsstaatlichkeit erschüttern“. In dem Buch mit dem Titel „Die Akte Jan van Hel-

sing“, schildert Holey seine Strafverfolgung und die juristisch Belangung anderer antisemitischer Hetzer. Bei Kopp war „Die Akte“ in mehreren Kurzkatalogen der Aufmacher.

Auch die im Verlag angebotenen Videos sind nicht harmlos. Hier findet sich zum Beispiel der Film „UFO Geheimnisse des dritten Reichs“, in dem die Nazis als geniale Erfinder und Konstrukteure dargestellt werden. Von „Sternentor“ findet sich das Video „Geheimgesellschaften“ auf dem sich in selbstherrlicher Weise in Interviews Jan Udo Holey und der ehemalige Waffen-SS Angehörige Wilhelm Landig darstellen.

Der Katalog von Kopp liegt teilweise bei Gruppentreffen von Ufo-Gläubigen aus. Darüber hinaus werden Anzeigen in den einschlägigen Zeitschriften geschaltet. So erreichen der Gesamtkatalog und regelmässig verschickte Kurzkataloge zahlreiche Interessierte. Wer nicht von vornherein rechtsradikales Gedankengut vertritt oder durch die Ufo-„Szene“ bzw. durch Ufo-Zeitschriften, wie z.B. „Die andere Realität“ an solches herangeführt wird, erhält spätestens durch den Katalog von Kopp einen breiten Zugang zum braunen Geist.



Bundesverwaltungsgericht zu „Republikanern“

Der Verfassungsschutz darf grundsätzlich auch politische Parteien mit geheimdienstlichen Mitteln beobachten. Dies gilt allerdings nur, wenn bei einem tatsächlichen Verdacht „verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ die Informationsbeschaffung aus allgemein zugänglichen Quellen nicht ausreicht. Das entschied das höchste deutsche Verwaltungsgericht (Bundesverwaltungsgericht) am 7. Dezember 1999 in einem Grundsatz-Urteil (Aktenzeichen: BVerwG 1 C 30.97). Das Gericht wies mit seinem Urteil die Klage der rechtsradikalen Partei „Die Republikaner“ (REP) zurück an die Vorinstanz. Der Landesverband Niedersachsen der Partei hatte gegen ein Urteil von 1997 geklagt. Die Richter in Berlin befanden, das zuständige Oberverwaltungsgericht müsse

klären, ob in diesem konkreten Fall nur mit geheimdienstlichen Mitteln dem Verdacht „extremistischer Bestrebungen“ nachgegangen werden könne oder auch mit offenen Mitteln.

„Der Fels“

Das seit 1997 von den „Initiativkreisen katholischer Laien und Priester“ (IK) herausgegebene rechtskatholische Monatsheft „Der Fels“ steht nach fast 30 Jahren möglicherweise vor dem finanziellen Aus. Denn mit dem Wechsel des Herausgebers wechselte 1997 auch Erscheinungsort und das zuständige Finanzamt. Das Finanzamt Kaufbeuren erkannte dem „Fels“ im Februar 1999 die Gemeinnützigkeit ab und forderte eine Steuernachzahlung für die Jahre 1998 und 1997. Ein Einspruch wurde nun abgelehnt, womit die Entscheidung bei einem Finanzgericht liegt. In der Dezember-Ausgabe des „Fels“

wurde daher zum „fürbittenden Gebet“ und zu weiterer finanzieller Unterstützung aufgerufen, um „die Arbeit für den ‚Fels‘ weiterführen zu können“.

Der Hinweis auf die spendenfördernde Gemeinnützigkeit fehlt seit Februar 1999 in den Heften, nicht aber auf der Internetseite der Schrift, deren Artikel oft geprägt sind von latenter bis offener religiöser wie sexueller Intoleranz. Auch werden Veranstaltungshinweise und Anzeigen für die „Mut zur Ethik“-Kongresse der rechten Politsekte „Verein zur Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), für die „Katholische Pfadfinderschaft Europas“ (KPE), die „Marianischen Liga“ (deren bekanntestes Mitglied ist Christa Meves) oder für die reaktionär-konservative „Kampfgruppe Gottes“ und den rechtskatholischen Geheimbund „Opus Dei“ veröffentlicht.

